

sichtlich in Höhe von 5,4 Mio. Euro an die Bundesfernstraßenverwaltung auszugleichen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

77. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Preiserhöhungen für Flugtickets sind als Konsequenz aus der Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel für Flüge innerhalb der EU bzw. Flüge in die USA am Markt feststellbar, und in welcher Größenordnung wären Preiserhöhungen aus Sicht der Bundesregierung etwa für einen Flug Frankfurt–London bzw. Frankfurt–New York bei dem gegenwärtigen CO₂-Preis von rund 8 Euro/t unter Berücksichtigung der den Fluggesellschaften kostenlos zugeteilten Zertifikate und der verminderten Luftverkehrsteuer nach § 11 Absatz 2 des Luftverkehrsteuergesetzes nachvollziehbar?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Katherina Reiche vom 21. Februar 2012

Die Bundesregierung hat keine Informationen über tatsächliche Preiserhöhungen von Flugtickets als direkte Folge der Einbeziehung des Luftverkehrs in den EU-Emissionshandel sowie über die Auswirkung von Änderungen der Luftverkehrsteuer. Es handelt sich um unternehmerische Entscheidungen, die bei den betroffenen Fluggesellschaften liegen und nicht zugänglich sind.

Die Luftverkehrsteuer wurde ab dem 1. Januar 2012 aufgrund der erwarteten Einnahmen aus der Versteigerung von Luftverkehrszertifikaten für die genannten Flüge wie folgt abgesenkt: Für den Flug Frankfurt–London sinkt der Steuersatz pro Ticket für einen einfachen Flug von 8 Euro auf 7,50 Euro und für den Flug Frankfurt–New York von 45 Euro auf 42,18 Euro.

Inwieweit die Zusatzkosten und insbesondere der Wert der kostenlos zugeteilten Zertifikate bzw. die Steuersenkungen ganz oder teilweise auf die Ticketpreise umgelegt werden, hängt von einer Reihe weiterer Faktoren (unter anderem der Markt- und Wettbewerbssituation) ab und kann derzeit von der Bundesregierung nicht beurteilt werden.

78. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel das Schreiben des tschechischen Ministerpräsidenten Petr Nečas vom 10. November 2011, in dem er eine öffentliche Diskussion zum tschechischen Atomkraftwerksprojekt Temelin 3

und 4 in Deutschland anbot, bereits beantwortet (ggf. bitte mit Wortlautangabe des Inhalts und Datums), und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über im Jahr 2010 fristgerecht eingereichte Einwendungen deutscher Bürgerinnen und Bürger zu diesem Atomkraftwerksprojekt, die die zuständige tschechische Behörde nicht erreicht haben (insbesondere hinsichtlich Anzahl und Verbleib)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin

Ursula Heinen-Esser
vom 21. Februar 2012

Die Bundeskanzlerin hat im Januar 2012 auf das Schreiben des tschechischen Ministerpräsidenten geantwortet. Sie begrüßt darin sein Angebot zur Durchführung einer Informationsveranstaltung im Rahmen der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung in Deutschland.

Über verloren gegangene Einwendungen ist der Bundesregierung nichts bekannt.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

79. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche bestehenden und gegenüber dem vergangenen Jahr zusätzlichen bilateralen, EU- und weiteren multilateralen Maßnahmen (inklusive der Möglichkeit einer IAO-Untersuchungskommission nach Artikel 26 des IAO-Statuts) oder grundlegenden Politikänderungen gegenüber Usbekistan plant die Bundesregierung im Hinblick auf die Baumwollernte in Usbekistan im Jahr 2012, insbesondere nach den Äußerungen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, am 23. Januar 2012 in der ARD-Sendung „Hart aber fair“ über die nicht vorhandene Gesprächsbereitschaft auf usbekischer Seite, um ihrer in der Gemeinsamen abschließenden Erklärung der deutschen Nationalen Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und der Otto Stadtlander GmbH im November 2011 dargelegten Absicht gerecht zu werden, ein Ende der Kinderarbeit in der Baumwollernte in Usbekistan zu erreichen?